

Finanzierung soll weit stärker als bisher auf die Erzielung tragbarer Mieten abgestellt werden, eventuell durch besondere Miets- und Zinszuschüsse. Im Haushaltsjahr 1931 sollen daher bis zu 215 000 Wohnungen, darunter 165 000 Kleinstwohnungen einfacher Art, mit Hilfe von Hauszins- und Mietszuschüssen errichtet werden. Die Verwendung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau soll im Rahmen des Gesamtplanes bis zum 1. April 1936 im wesentlichen abgebaut werden.

Die auf dem Gebiete des Wohnungsbaues und der Siedlung durchgeführten Maßnahmen werden es dann auch gestatten, die Wohnungszwangswirtschaft weiter zu lockern und schließlich ganz aufzuheben. Das Reichsmietengesetz und das Mieterschutzgesetz (der Kündigungsschutz) sollen sobald für solche Räume aufgehoben werden, für die das Wohnungsmangelgesetz (die Beschlagnahme von Wohnungen) nicht mehr gilt. Hier von sollen jedoch die bisherigen Mieter nicht betroffen werden, vielmehr soll die Aufhebung nur erfolgen, soweit diese Räume frei und neu vermietet sind. Die endgültige Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes soll am 1. April 1934 erfolgen, das Reichsmietengesetz soll am 1. April 1936 endgültig außer Kraft treten.

Senkung der Realsteuern

5. Zur Senkung der Realsteuern soll der aus dem bisher für den Wohnungsbau verwendete Teil der Hauszinssteuer, ein Betrag von etwa 400 Millionen, Verwendung finden.

Die Senkung soll bereits zum 1. April 1931 eintreten. Die Senkung soll nicht nur bei der Gewerbesteuer, sondern auch bei der Grundsteuer eintreten. Insbesondere ist auch die Senkung der landwirtschaftlichen Grundsteuer wegen des dauernden Abnehmens der Weltpreise für landwirtschaftliche Produkte erforderlich. Die Gewerbesteuer soll um 20, die Grundsteuer um 10 Prozent gesenkt werden, und zwar beim landwirtschaftlichen Grundvermögen wie beim Hausbesitz.

6. Das Einkommensteuergesetz wird in vollem Umfange in dem ursprünglichen vorgezeichneten Rahmen durchgeführt. Die Standardisierung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist gesetzlich geregelt worden. Ferner sind Besetze vorbereitet, die deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnissen in verstärkter Weise den Absatz sichern sollen.

Finanzausgleich

7. Unter der Voraussetzung, daß das Steuervereinheitlichungsgesetz alsbald verabschiedet wird, soll der endgültige Finanzausgleich zum 1. April 1932 in Kraft treten, wobei schon heute die erforderlichen Grundzüge festzulegen sind.

Unter angemessener Berücksichtigung der Aufgaben zwischen Reich, Ländern und Gemeinden soll den Ländern für sich und ihre Gemeinden das Einkommen aus der Besteuerung von Bier- und Branntwein nach einem noch zu bestimmenden Schlüssel und dafür dem Reich in entsprechend veränderter Beteiligung das Einkommen aus Einkommen- und Körperschaftsteuer zufließen. Damit werden zugleich alle bisher bestehenden Sonderzuweisungen an einzelne Länder beseitigt. Die selbständige Verantwortung der Gemeinden für ihre Ausgabenwirtschaft soll weiter gesteigert werden.

In Zukunft erhebt das Reich nur für sich und die Länder eine bestimmte, angemessene ungesenkte Einkommensteuer, die Gemeinde- und Gemeindefiskus die freie Einkommensteuer, wobei aber die Einkommensteuer mit den Realsteuern in einem bestimmten Verhältnis stehen müssen und die Ueberschüsse des bestimmten Zuschlagsjahres davon abhängig gemacht werden, daß die Gemeinden zuvor jeweils eine allgemeine Abgabe eines Prozentsatzes beschließen.

Ein Spargesetz

8. Durch ein besonderes Gesetz wird sichergestellt, daß die unter dem Druck der Not auf ein Mindestmaß herabgesetzten Ausgaben für die Dauer dreier Jahre in Reich, Ländern und Gemeinden keine Erhöhung erfahren dürfen, sondern daß alle etwa durch Eingang höherer Einnahmen erzielten Ueberschüsse zur steuerlichen Entlastung die Grundlage sind. Für das Reich wird ein Spargesetz die Grundlage für weitere Haushaltsersparnisse bilden, denen zurzeit gelegentliche Bindungen entgegenstehen.

Das amtliche Kommissariat über den Wirtschafts- und Finanzplan der Regierung schließt mit folgender ernsten Mahnung:

Der Plan der Reichsregierung fordert von allen Teilen des deutschen Volkes Opfer. Deutschland muß aber rechtzeitig Anschluß an die Entwicklung in der großen Stunde der Weltwirtschaft finden, die durch die den großen Preisniveaus gekennzeichnet ist. Was durch die Kürzung der Gehälter für die öffentliche Wirtschaft angebunden ist, muß innerhalb der privaten Wirtschaft weiterentwickelt zum Wohle des Ganzen. Bezüge und Lebenshaltung aller Unternehmender und Arbeitnehmerlichen sowie der Preisstand der deutschen Waren müssen uns gestatten, im Wettbewerb der Welt zu bestehen.

Nur so werden die Produktionsstätten wieder belebt, nur so die Sorgen wachsender Arbeitslosigkeit von dem deutschen Volke genommen werden. Sorgen, die heute ernste Gefahren für Staat und Wirtschaft bedeuten. Bewußt, daß es keine Rechtfertigung vor der Geschichte dafür gibt, in diesem Augenblick versagt zu haben, wird die Reichsregierung alles daran setzen, das Ziel zu erreichen.

Hinsichtlich der Sanierung der Arbeitslosenversicherung wird noch mitgeteilt, daß mit Wirkung vom 6. Oktober d. J. ab die Beiträge auf 6 1/2 Prozent erhöht werden und zwar auf Grund der Notverordnung auf dem Verordnungswege. Wie von Reichsarbeitsminister Stegerwald erklärt wurde, macht der Regierung für das nächste Jahr nicht die Arbeitslosenversicherung, als vielmehr die Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge Sorge, da man im nächsten Jahre mit 1 Million Krisenfürsorgeempfängern rechnet. In der Frage der Realsteuerverkürzung wird darauf hingewiesen, daß die steuerliche Belastung der Wirtschaft seit dem 1. Januar d. J. auf Grund der verschiedenen Steuer- und Beitragserhöhungen beim durch verringerten Steuereingang um 3,4 Milliarden gestiegen ist. Eine Reihe der von der Regierung vorge schlagenen Punkte ist nur mit einer parlamentarischen Zweidrittelmehrheit in Kraft zu setzen. Die Regierung hat aber die Hoffnung, daß, wenn der Reichstag erst einmal zusammengetreten und die erforderlichen Tatsachen festgestellt hat,

er sich in seiner übergroßen Mehrheit für die Vorschläge der Regierung entscheiden wird.

Die Aufnahme des Sanierungsprogramms

Berlin, 1. Oktober.

In den der Reichsregierung nahestehenden Kreisen wird betont, daß alle Punkte des Sanierungsprogramms als „Sofort-Programm“ anzusehen sind mit Ausnahme des Finanzausgleichs, der später geregelt werden soll. Die Verhandlungen über die Loslösung der Arbeitslosenversicherung vom Reichsetat sollen bereits im Zusammenhang mit den Vorbereitungen des kommenden Reichshaushaltes geführt werden. Der Reichsarbeitsminister wird auch noch über gewisse Änderungen der Krisenfürsorge mit den beteiligten Stellen beraten. Außerdem dürfte auch das Spargesetz bereits in absehbarer Zeit vorgelegt werden. Durch dieses Gesetz sollen Reformer auf verschiedenen Gebieten herbeigeführt werden, auf denen sich nach Ansicht des Kabinetts noch wesentliche Ausgaben vermeiden lassen. Dazu gehört u. a. die Frage der unbeschäftigten Militäranwärter, die dem Reich jährlich 40 Millionen RM kosten. Es ist anzunehmen, daß eine Verkürzung der Bestimmung eintritt, wonach die Gemeinden Militäranwärter einzustellen haben.

In Kreisen der Reichsregierung rechnet man offenbar damit, daß es doch gelingt, das Sanierungsprogramm auf dem verfassungsmäßigen Wege mit Hilfe des Reichstages durchzuführen. Man glaubt nicht, daß sich die Sozialdemokratie einer Sanierung der Reichsfinanzen und beispielsweise der Kürzung der Beamtenehälter in einem Augenblick widersetzen kann, wo ein großer Teil der Arbeiter- und kleinen Angestelltenklasse vollkommen beschäftigungslos ist.

In politischen Kreisen unterstreicht man besonders das Verdienst des Reichsarbeitsministers Stegerwald an dem Sanierungsprogramm, der mit Mut und Verantwortungsfreudigkeit die unpopulären Sparmaßnahmen seines Ressorts auf sich genommen hat. Allerdings sind auch bei anderen Ministern starke Absätze erfolgt. So ist der Etat des Auswärtigen Amtes, der im Laufe des Jahres bereits mehrfach gekürzt wurde, auch diesmal weiter zusammengestrichen worden, und zwar so stark, daß die Bezüge der Beamten im Auslande um 21 Prozent herabgesetzt werden.

Die weitestgehende Schwierigkeit des ganzen Programms sehen gut unterrichtete Kreise in den Fragen die mit den Ländern und Gemeinden zusammenhängen, namentlich in denen, die die Gemeinden direkt betreffen. Hierzu gehört besonders der Verminderung der Ueberschüssen. Der Anteil von Ländern und Gemeinden an dem Steueraufschlag ist in dem Communiqué mit 288 Millionen angegeben worden; davon dürfte etwa die Hälfte, also rund 150 Millionen auf die Kommunen entfallen, wozu noch die Kürzung der Ueberschüssen um rund 100 Millionen auf Grund der Senkung der Beamtenehälter tritt. Das macht im ganzen 250 Millionen. Man ist der Auffassung, daß sich bei den Kommunen vielfach erheblich „parlamentarischer“ läßt, als es bisher geschieht. Im übrigen ist zu hoffen, daß die schlimmsten Schwierigkeiten mit Hilfe des 80-Millionen-Fonds bewältigt werden können, der von der Hauszinssteuer abgezweigt wird.

Im ganzen aber ist der erste Eindruck des Sanierungsprogramms der Reichsregierung in politischen Kreisen recht günstig, vor allem deshalb, weil es zeigt, daß das Reichskabinett den Kampf gegen die schweren Nöte des Reiches und der Wirtschaft mit aller Energie aufgenommen hat. Wie weit die Parteien im Reichstag diesen Kampf praktisch unterstützen werden, das wird sich erst im Laufe der Verhandlungen übersehen lassen, die der Kanzler nun mit ihren Führern eingeleitet hat.

Das neue österreichische Kabinett

Wien, 1. Oktober.

Das neue Ministerium ist gebildet worden und hat die Angelobung in die Hände des Bundespräsidenten geleistet. Die Zusammenlegung ist folgende: Baugoin, Bundeskanzler und Heereswesen; Schmitz, Bizekanzler und soziale Verwaltung; Seipel, Aeußeres; Fürst Starhemberg, Inneres; Hueber, Justiz; Fuch, Finanzen; Heindl, Handel; Thaler, Landwirtschaft; Czermak, Unterricht.

Nationalsozialist - Landtagspräsident

Protest der Sozialdemokratie

Braunschweig, 1. Oktober.

Der neugewählte Braunschweigische Landtag trat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Bei der Wahl des ersten Präsidenten wurde der nationalsozialistische Abgeordnete Jörner mit 20 Stimmen gewählt. Der Abgeordnete Riese (Sozialdemokrat) hatte 17 Stimmen erhalten. Drei Abgeordnete hatten sich der Stimme enthalten.



Henry Ford in Oberammergau.

Der amerikanische Automobilmagnat Henry Ford ist zum Besuch der Passionsspiele in Oberammergau eingetroffen. Die Bevölkerung von Oberammergau ist über den berühmten Besuch hoch erfreut. Henry Ford in der Mitte.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter beantragte hierauf, die Sitzung zu unterbrechen. Nach Wiederaufnahme wurde von sozialdemokratischer Seite festgestellt, daß man von dem Brauch, daß die stärkste Fraktion den Präsidenten zu stellen habe, abgewichen sei. Nach § 13 der Geschäftsordnung habe die stärkste Fraktion Anspruch auf den Präsidentenposten. Er stelle diese Geschäftsordnungswidrigkeit fest.

Deutschland muß geholfen werden

Briand über die Lage in Deutschland

Genf, 1. Oktober.

Ein Genfer Blatt veröffentlicht Neuaussagen des französischen Außenministers Briand beim Empfang einer Delegation der Internationalen Frauenvereinigungen. Briand ging hierbei auch auf die deutschen Verhältnisse ein. Er erklärte dazu: Die Erklärung für die Wahlbewegung in Deutschland muß man in der schwierigen, ja tragischen Lage Deutschlands suchen. Es ist ein unausweichliches Gesetz, daß Elend und Leid die Völker stets zu extremen Lösungen treiben. Es wird in diesem Winter vielleicht vier Millionen Arbeitslose geben.

Ein zu Boden gedrücktes Deutschland ist aber eine Gefahr für den Frieden,

und deshalb habe ich in dem Studienkomitee für eine europäische Union, das wir geschaffen haben, nachdrücklich darauf hingewirkt, daß die Solidarität und die Interessensverbundenheit der europäischen Nationen verstärkt werden.

Überall haben die Banken Ueberschuß an Geld, und dieses Geld, das nach Anlage sucht, wandert durch die Schweiz, durch Holland usw., um in Deutschland zu übermäßigen Sätzen ausgeliehen zu werden.

Keine Industrie, kein Handel kann eine solche Last tragen. Wenn ein Land finanzielle und wirtschaftliche Krisen durchmacht, die seine Existenz in Gefahr bringen, dürfen die anderen Länder ihm nicht zur Verzweiflung raten, sondern müssen ihm zu Hilfe kommen. Ich denke an eine Art europäischen Finanzmechanismus, der in der Lage wäre, den in schwieriger Situation befindlichen Staaten Dienste zu leisten, von denen in erster Linie der Friede Nutzen hätte. Warum nicht forschen, was schon in der Vergangenheit geschehen ist? Der Völkerverbund hat durch die Reorganisation Oesterreichs dieses Land vor der Verzweiflung gerettet. Ich glaube, daß kein Volk, seine Regierung den Krieg will; aber was die gegenwärtige Lage so schwierig macht, ist, daß zu viele Interessen gegen den Frieden arbeiten.

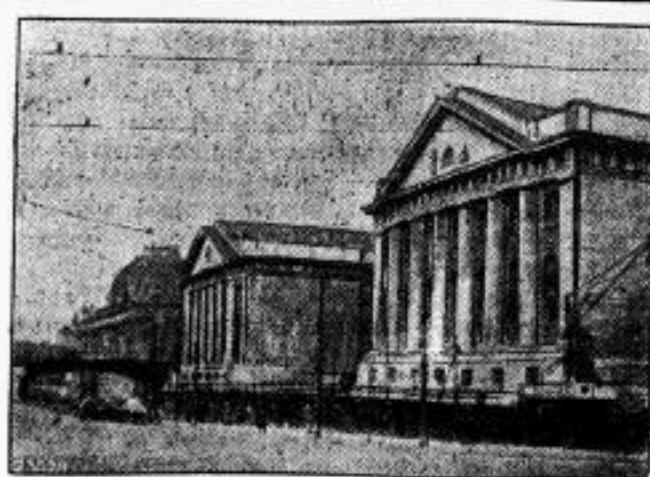
Die Artikel gegen den Frieden sind mit demselben Stahl geschrieben, aus dem Kanonen und Granaten gemacht werden. Diese Kampagne, die von großen Interessengruppen in der Presse geführt wird, veranlaßt ständig und immer wieder Ueberschuß.

Ich will gewiß nicht Herrn Treveranus verteidigen, und ich habe öfters den Ton internationaler Bedauern, der häufig dazu angetan ist, die letzten Reste der Verantwortung zu erschweren. Aber wenn es wahr ist, daß Treveranus alles gesagt hat, was die Zeitungen ihm zugeschrieben haben, so haben die Zeitungen nicht alles wiedergegeben, was er gesagt hat. So hat er auf dem Höhepunkt seiner Rede erklärt, daß er Deutschland seine Integrität wiedergeben wolle; aber daß das niemals mit Gewalt geschehen dürfe, sondern durch Arbeit und durch friedliche Mittel. Briand erwähnte weiter, daß bereits große Fortschritte zur Verständigung zwischen maßgebenden Industrie- und Finanzkreisen Deutschlands und Frankreichs erzielt worden seien und daß etwa 20 Kartelle zur Verstärkung der europäischen Solidarität beständen. Ueber seine innenpolitische Stellung bemerkte Briand schließlich:

Die deutschen Wahlen haben die Angriffe der Nationalsozialisten verstärkt, die in mir den Mann sehen, der hartnäckig eine Politik des Friedens verfolgt. Aber trotz dieser Angriffe weiß ich, daß ich den Willen der Völker und vor allem den Willen des französischen Volkes für mich habe.

Rücktritt der Braunschweiger Regierung

Braunschweig. Der neugewählte Braunschweigische Landtag trat Dienstag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Bei der Wahl des ersten Präsidenten wurde der nationalsozialistische Abgeordnete Jörner mit 20 Stimmen gewählt. Der Abgeordnete Riese (Soz.) hatte 17 Stimmen erhalten. Drei Abgeordnete hatten sich der Stimme enthalten. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter beantragte, die Sitzung zu unterbrechen. Nach Wiederaufnahme wurde von sozialdemokratischer Seite festgestellt, daß man von dem Brauch, daß die stärkste Fraktion den Präsidenten zu stellen habe, abgewichen sei. Nach § 13 der Geschäftsordnung habe die stärkste Fraktion Anspruch auf den Präsidentenposten. Er stelle diese Geschäftsordnungswidrigkeit fest. Zum ersten Vizepräsidenten wurde der Abgeordnete Riese (Soz.), zum zweiten Vizepräsidenten der bürgerliche Abgeordnete Bessel gewählt. Hietar erklärte Minister Dr. Jasper, daß nach dem Ausfall der Wahlen vom 14. September das Staatsministerium eine andere Zusammensetzung erfahren werde namens des Staatsministeriums erklärte er den Rücktritt des Ministers.



Zur Eröffnung des Pergamon-Museums.

Am 1. Oktober wurde anläßlich der Jahrhundertfeier der Berliner Staatlichen Museen das auf der Museumsinsel errichtete Pergamon-Museum feierlich eingeweiht.